

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das 'Wilsdruffer Tageblatt' erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Post 4 RM., bei Postbestellung 4 RM. 20 Pf. Einmalige Belegpreise 1 RM. 20 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Wilsdruff-Dresden Postamt Nr. 209. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abrechnung: Einmalig 2 RM. 20 Pf., monatlich 4 RM., bei Postbestellung 4 RM. 20 Pf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Kr. 303 - 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: 'Amtsblatt' | Wilsdruff-Dresden | Postfach: Dresden 2840 | Donnerstag, den 31. Dezember 1931

### Wirtschaftliche Selbsthilfe.

Von Oberregierungsrat a. D. Dr. Joachim Libartius, Geschäftsführender Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, W. d. S. R. W. A.

Das Jahr 1931 hat unsere Not der Welt deutlicher gemacht als seine Vorgänger es vermochten. Sachverständige Kommissionen aus allen Ländern haben das Unvermögen Deutschlands zur Leistung politischer Zahlungen festgestellt und haben erkannt, daß eine Fortdauer dieser Belastung Deutschland als Käufer vom Weltmarkt verdrängen, als die Depression der Weltwirtschaft verewigen müßte. Und das Anfeigen der deutschen Ausfuhrziffern im Jahre 1931 sollte in diesem Sinne noch mehr als bisher als ein starkes Symptom deutscher Wirtschaftsnöte gewertet werden. Es kam in erster Linie aus der Notwendigkeit, Ware auch zu Verlustpreisen abzusetzen, um Vertriebe zu erhalten und Devisen zu beschaffen. Der deutsche Arbeitsmarkt hat aus diesen Noterporten eine gewisse Entlastung erfahren. Bei daraus aber allzu hohe Hoffnungen vertieren wollte, hat durch das scharfe Abfallen der Ziffern gegen Ende des Jahres erleben müssen, daß auch die hässliche Vermählung anderer Exporteure sich an den Widerständen brechen muß, die durch Salvaconservierung, Devisenbeschränkung und Forderung des größten Teils unserer Kundenländer erdichtet wurden. Die Kaufkraft Deutschlands als Kunde auf dem Weltmarkt ist gleichzeitig durch Verknappung der ihm gewährten Kredite geschwächt worden, Besserung hierin kann nicht entstehen, solange die Unarbeit über Deutschlands politische Verfassung vorherrscht, solange aus den Erkenntnissen der Wirtschaftskreise nicht der Wille der Politiker erwacht, diese Last zu beseitigen.

Wie steht es nun in unserem Vaterlande mit dem guten Willen der Volksgruppen untereinander? Ist im Jahre 1931 die Entwicklung der 'Interessenten' zum Staatsvollfortgeschritten? Die Reichsregierung hat zwar spät, aber nicht zu spät das ihr Mögliche getan, um dem Volke ein Programm und einen Willen zur politischen Verantwortung zu geben. In ihren Notverordnungen den mühseligen Weg beschritten, die deutsche Wirtschaft auf der Grundlage stabiler Währung durch Senkung von Steuern und Abgaben zu festigen, was wirtschaftlich noch fehlt, ist eine stärkere Angleichung der verschiedenen Gruppen von Preisen, der freien und gebundenen, dem Handel und den Verbrauchern Möglichkeit und Anregung zum Kaufen zu geben. Was am Inhalt der letzten Notverordnung wirtschaftlich verbessert werden muß, ist die völlige Bekehrung des Kapital- und des Geldmarktes, die bei der Sachlage von Werten und Inlandseffekten, unter dem Druck der Zinsforderer und ohne Rücksicht auf den Verfall, gefahrlos geduldet werden können. Auf diesen Gebieten liegen schwerste Aufgaben der Kredit- und der Währungspolitik vor, ohne deren Lösung auch die Preispolitik, trotz der vortrefflichen Absichten Dr. Overdeters, ihre Ziele nicht erreichen kann. Hietan zu arbeiten sollte aber eine gemeinsame Aufgabe aller Stände sein; in ihrem Dienst sollten Regler und Wirtschaft, Erwerber und Verbraucher wirklich und endlich zu dem 'Wirtschaftsvollfort' zusammenwachsen, dessen Bedarf hierbei die beste Formulierung des Herrn Reichsanwälters Dietrich war. Verlebte Interessenten einzelner können dieser Einigung nicht entgegenstehen, denn die Regierung bringt bei in ihrer Notarbeit kein Einzelinteresse im deutschen Volke ungetränt gelassen. Die Lohntage es auch nicht, sondern müßte von allen Gruppen Opfer am Einkommen verlangen, wenn sie der Not des Volkes so weit wehren wollte, wie dies mit nationalen Mitteln möglich war. Natürlich sollten alle Wirtschaftsgruppen, sollten auch Arbeitnehmer und Verbraucher erkennen, daß ihre Opfer und Ermäßigungen kein unbilliger Sonderfall, sondern allgemeines Schicksal der Nation sind. Diese Erkenntnis sollte uns allen gerade in diesen Tagen dadurch ein wenig erleichtert werden, daß die harten Diktate der Notverordnung in Vafel als Beweisgründe unserer Not und unseres guten Willens gewertet worden sind, wodurch über alle Gegensätze deutscher Innenpolitik die weltpolitische Richtung oder, sagen wir, Unvermeidlichkeit dieser Maßnahmen der Reichsregierung erwiesen worden ist.

Treulich zeigt uns die Lage Deutschlands in der Welt gleichermassen wie unser innenpolitischer und volkswirtschaftlicher Zustand, daß unsere Not durch Politik allein nicht zu bannen ist. Jetzt müssen aber gerade die Wirtschaftsgruppen, die danach lange gerufen haben, zeigen, daß sie ihre eigenen Aufgaben untereinander lösen können, daß sie bereit und in der Lage sind, sich über Preise, Zahlungsbedingungen und ähnliche nächste Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens in ertlichen Vertreten zu verständigen. Wenn man das nicht kann, wird man den Staat niemals aus der Kontrolle und Mitbestimmung der Wirtschaft loswerden, aus der man ihn laut Programm doch so gern loswerden möchte. Die deutsche Wirtschaftsführung auf dem Gebiet der Zölle, Kartelle und anderer Bindungen weiß noch viele Widersprüche und Konflikte auf, die zu einem guten Teil durch Selbsthilfe der Wirtschaftsgruppen überwunden werden könnten, ohne daß Richter und Minister bemüht zu werden brauchen. Derartige Selbstverwaltung würde auch den Verbrauchern und der Volksgemeinschaft zugute kommen und damit zu dem wichtigsten beitragen, was der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Jahre 1932 nützt:

## Die Gebührensenkung der Reichspost

### Neue Postgebühren.

Beschleunigte Vorbereitung zu Mitte Januar 1932.

Den allgemeinen Preissenkungsabsichten des Reichskabinetts entsprechend, hat der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost die Senkung einer Reihe von wichtigen Postgebühren im innderdeutschen Verkehr beschlossen.

Fernbriefe  
bis zu 20 Gramm bisher 15 Pf., künftig 12 Pf., von 20 bis 250 Gramm bisher 30 Pf., künftig 25 Pf., über 250 Gramm Gebühr unverändert.

Fernpostkarten  
bisher 8 Pf., künftig 6 Pf.; mit Rückantwort bisher 16 Pf., künftig 12 Pf.

Pakete:  
Abfender bezahlt künftig nur die Beförderungsgeld, die Zustellgebühr von 15 Pf. wird für jedes Paket vom Empfänger erhoben.

Beförderungsgeld künftig bis zu 5 Kilo:  
in der ersten Zone 30 Pf., in der zweiten Zone 40 Pf., in der 3. bis 5. Zone 60 Pf.

Über 5 Kilo bis 10 Kilo werden die Gebühren in der ersten Zone für jedes Kilogramm mit 5 Pf., in der zweiten mit 10 Pf., in der dritten mit 20, in der vierten mit 30 und in der fünften mit 40 Pf. gestellt. Bei Paketen über 10 Kilogramm beträgt diese Staffelung in der ersten Zone 10 Pf., in der zweiten 15 Pf., in der dritten 20 Pf., in der vierten 25 Pf. und in der fünften Zone 30 Pf.

Außerdem wird der Freimachungszwang für Pakete aufgehoben.

Die Senkungen werden mit größter Beschleunigung durchgeführt, jedoch erfordert die Herstellung neuer Postwerkzeuge zu 6 und 12 Pfennig und die technische Durchführung der neuen Regelung des Paketverkehrs einen gewissen Zeitraum, so daß die neuen Gebühren voraussichtlich wohl erst Mitte Januar in Kraft treten werden. Die nötigen Vorbereitungsmaßnahmen sind vom Reichspostministerium bereits in Angriff genommen worden.

Die Reichspost bemerkt dazu: Anstatt des der finanziellen

Lage der Reichspost stand für die Gebührensenkung nur ein Gesamtbeitrag von etwa 125 Millionen Mark zur Verfügung, die sich aus den Gehaltsersparungen der letzten Notverordnung und aus den Einsparungen der Reichspost selbst berechnen.

Eine thematische Verteilung der Summe auf alle Post- und Fernverkehrsgebühren verbot sich, weil dann bei allen Tarifpositionen nur eine ganz geringfügige und dabei praktisch unwirksame Senkung hätte stattfinden können. Deshalb bestand beim Verwaltungsrat und bei der Deutschen Reichspost selbst von Anfang an die Absicht, die Senkungen auf wichtige Gebührensätze zu beschränken und sie da so wirksam und so eindrucksvoll wie möglich zu gestalten.

Neue Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung.

Im Deutschen Reichsanzeiger vom 30. Dezember werden die Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung in neuer Fassung bekanntgemacht. Die Richtlinien vom 24. August und ihre erste Ergänzung vom 2. Oktober treten damit außer Kraft.

Neu ist in den Richtlinien insbesondere die Bestimmung, daß Anträge, die ein Gläubiger auf Erteilung der zur Leistung seines Schuldners erforderlichen Genehmigung stellt, an die für den Schuldner zuständige Devisenbewirtschaftungsstelle zu richten sind und daß für Anträge von Ausländern, die sich auf ein bei einem inländischen Kreditinstitut geführtes Konto beziehen, die Devisenbewirtschaftungsstelle zuständig ist, in deren Bezirk das Kreditinstitut liegt. Die Genehmigung zur Verwendung von Devisen wird allgemein versagt für Verzinsungsprämien, die über eine tarifmäßige, laufende Jahresprämie hinaus entrichtet werden sollen.

Schließlich wird, um die Kapitalflucht durch Begebung von Reichsmarktschekts ins Ausland zu verhindern, angeordnet, daß künftig Schecks ins Ausland oder ins Inland nur noch versandt oder überbracht werden dürfen, wenn der Genehmigungsbefehl der Devisenbewirtschaftungsstelle dem Scheck beigelegt ist. Die Vorschrift gilt auch für Schecks, die auf einen Betrag unter 200 Mark lauten. Vom 10. Januar ab dürfen Kreditinstitute, denen Reichsmarktschekts aus dem Ausland oder dem Inland zum Inzasso zugehen, diese einem Ausländer oder Saarländer nicht mehr auf seinem Konto gutbringen, wenn die Genehmigung zur Verwendung des Schecks nicht in der dargelegten Weise aus dem Scheck selbst ersichtlich ist.

### An die Wehrmacht!

Herr und Flotte entbiete ich zum Jahreswechsel meine besten Wünsche.

Treu der beschworenen Verfassung, gehorham den geschmähten Gewalten, und treu dem Kampf der Parteien wird die Reichswehr auch im neuen Jahr den alten Idealen deutschen Soldatentums dienen.

Der Reichspräsident: Der Reichswehrminister: gez. Hindenburg. gez. Groener.

### Der Neujahrswunsch der sächsischen Wirtschaft.

Weg zum Arbeitsfrieden.

Wenn gerade, so schreibt uns die Pressestelle des Landesverbandes Sächsischer Arbeitgeberverbände, in der gegenwärtigen kritischen Wirtschaftslage von dem gesamten deutschen Unternehmerium einmütig die Aufhebung des in der Verbindlichkeitsklärung gegebenen zwingenden Zwangscharakteres gefordert wird, so liegen dieser Forderung sowohl wirtschafts- wie sozialpolitische Gesichtspunkte zugrunde. Gerade jetzt, wo sich neue politische und wirtschaftliche Entwicklungen abzeichnen, wo Deutschland sowohl einem Kampf auf dem Weltmarkt wie der Notwendigkeit der Stärkung seiner Binnenmarktes gegenübersteht, ist eine entschiedene Senkung der deutschen Produktionskosten die vornehmste Forderung des Tages. Nicht, daß wir die Probleme, die hier in Frage kommen lediglich in der Lage der Lohnsetzung lösen können, aber wir werden sie nur dann lösen, wenn die Löhne nicht mehr von heute von den staatlichen Instanzen zwingungsweise festgelegt sondern wenn die Löhne in freiem Zusammenwirken zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft vereinbart werden.

Die Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit bildet ein Beispiel dafür, daß sich die Löhne in der Hand der staatlichen Macht haben nicht, wie das in jedem gesunden Wirtschaftssystem der Fall ist, der wechselnden Konjunktur anpassen, sondern ohne jede Rücksicht darauf, ob die Wirtschaft sie tragen kann, vor politischen Erwägungen abhängig gemacht werden und dadurch wirtschaftszersetzend wirken. Die ständigen Lohnveränderungen bzw. unüberänderlichen Verkürzungen der Lohnhöhe auch noch bei stark abfallender Konjunktur sprechen in dieser Hinsicht ein nur allzu deutliche Sprache. Mit diesem wirtschaftsfreundlichen System, dessen letzte Hintergründe und Ziele eben doch immer die Zerschlagung der Privatwirtschaft bleiben, werden wir niemals zu einer Belebung der Wirtschaft kommen.

Wenn sich die Unternehmer aber heute beim Jahreswechsel mit besonderem Nachdruck gegen das staatliche Zwangscharakter geäußert werden, so werden sie dabei auch von sozialpolitischen Gründen geleitet. Ebenso klar, wie es ist, daß die Wirtschaft unter politischen Einflüssen nicht gesund kann, ebenso gewiß ist es, daß ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur in engem und vertrauensvollem Zusammenwirken zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft durchgeführt werden kann.

Gerade dieses Zusammenwirken, das an sich durch die Tarifgemeinschaft dieser beiden Gruppen gegeben ist, wird durch das Zwangscharakterwesen in verhängnisvoller Weise ausgetrieben. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die eigenverantwortliche Vertragsparteien beschränkt und die feilsche Annäherung zwischen Arbeiter und Unternehmer -- auf die so vieles, wenn nicht alles, gerade jetzt ankommt -- erschwert wird, wenn der Schlichter beiden Parteien die Notwendigkeit abnimmt, unpopuläre und harte Maßnahmen gegen eine Opfer, die sie im Interesse der Gesamtwirtschaft zu bringen gezwungen sind, vor ihren Augen zu verreiten. Der Weg zum Arbeitsfrieden kann nur gefunden werden, wenn der Arbeitsvertrag den Parteien nicht als eine feststehende Ordnung zubilligt, sondern wie ein echter Vertrag wieder frei vereinbart wird. Man kann nicht daran zweifeln, daß Unternehmer und Arbeiter in Deutschland, wenn nur der Staat den Weg dazu freigibt, sich in der Not des Tages freiwillig zusammenfinden, um das deutsche Schicksal zu meistern.